

Lokales

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/koblenz

Bahn: Generalsanierung von Juli bis Dezember 2026

Rechtsrheinisch sollen bereits kommendes Jahr Bauleistungen ausgeschrieben werden – Landräte Boch und Denninghoff zum Schutz der Bevölkerung

Von Michael Stoll

Mittelrhein. Vertreter der Deutschen Bahn mit dem Generalbevollmächtigten Klaus Vornhusen an der Spitze erläuterten im Rahmen der jüngsten Versammlung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal in Lahnstein auch die Sanierungspläne für die Bahnstrecken im Rheintal. Zu diesem Thema und den Auswirkungen auf das Welterbe haben wir im Nachgang auch die beiden Landräte Volker Boch (Rhein-Hunsrück) und Jörg Denninghoff (Rhein-Lahn) gefragt, die als Vorsteher beziehungsweise Stellvertreter den Zweckverband leiten.

Ausgangspunkt für die Bahnpläne ist eine überalterte Infrastruktur, in deren Folge die Pünktlichkeit auf einem Rekordtief angelangt ist. Gleichzeitig prognostiziert auch die Bahn ein steigendes Verkehrsvolumen auf ihren Strecken, für Personen- wie den Güterverkehr. Bis 2030 will man deutschlandweit mehr als 4000 Streckenkilometer komplett sanieren.

111 Weichen, 64 Gleiskilometer

Für das Rheintal bedeutet das rechtsrheinisch im zweiten Halbjahr 2026 die Generalsanierung im Korridor von Troisdorf bis Wiesbaden. Eine Totalsperrung der Strecke vom 10. Juli bis 11. Dezember, so die Vertreter der Bahn, ermögliche eine „gewerkeübergreifende, gebündelte Erneuerung“ von unter anderem 996 Stellenteilen neues Elektronisches Stellwerk (ESTW), 3500 Balisen (Informationspunkte im Gleis) für das European-Train-Control-System ETCS-Level 2, 111 Weichen, 67 Gleiskilometern, zwei aufgelassene Bahnübergänge, 13 zu erneuernde Bahnübergänge, fünf Überleitstellen, 140 Fahrdrachtkilometern, bis zu 32 Bahnhofsattraktivierungen (davon 20 im rheinland-pfälzischen Bereich), elf konstruktiven Ingenieurbauwerken und elf Felshang Sicherungen. Was im Einzelnen tatsächlich saniert wird, etwa auch an den Bahnhöfen, hängt natürlich auch von der Finanzierung durch den Bund ab.

Um die Bauzeit kurz zu halten, will die Bahn in fünf Bereichen pa-



Heute rauschen schon täglich im Schnitt etwa 300 bis 400 Güterzüge durch das Mittelrheintal. Nach der Generalsanierung durch die Bahn im Jahr 2026 könnten es, so Befürchtungen, auch wegen der Digitalisierung der Strecke wesentlich mehr werden.

Foto: Daniel Rühle

rallel arbeiten: Troisdorf-Unkel, Unkel-Neuwied, Neuwied-Oberlahnstein, Oberlahnstein-Lorchhausen, Lorchhausen-Wiesbaden. Was für die Bereiche im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung im Einzelnen geplant ist, auch das wurde erläutert. In Rüdeshheim stehen Schienen-, Gleis- und Weichenerneuerungen sowie der Neubau eines Elektronischen Stellwerks auf der Liste; für Kaub werden Schienen-, Gleis- und Weichenerneuerungen, die Felshangsicherung und die Erweiterung des Elektronischen Stellwerks genannt. Felshang Sicherungen sind auch für St. Goarshausen geplant, ebenso wie Gleiserneuerungen, die Instandsetzung von Stützwänden, Erneuerung von Brücken und der Neubau von Überleitstellen. Zwischen Niederlahnstein und Neu-

wied stehen Schienen-, Gleis- und Weichenerneuerungen auf dem Plan, die Anpassung der Oberleitung und die Erneuerung des Fahrdrachts. In Neuwied soll außerdem ein Elektronisches Stellwerk neu gebaut werden. Zwischen Leutesdorf und Unkel stehen bei Bad Hönningen und Rheinbrohl neben Gleis- und Weichenerneuerungen auch die Erweiterung des Elektronischen Stellwerks, Instandsetzungen von Stützwänden und Brückenerneuerungen auf dem Plan.

Was geschieht mit den Bahnhöfen?

„Gemeinsam mit Kommunen, Ländern, Aufgabenträgern und privaten Initiativen wollen wir individuelle, gesamthafte Konzepte für die einzelnen Stationen erarbeiten“, heißt es bezüglich der Bahnhöfe vonseiten der Bahnsprecher.

Von den Bahnsteigen über die Dächer und Unterführungen bis hin zum Bahnhofsumfeld reichen die Überlegungen. Hohen Modernisierungsbedarf sehen die Planer in Unkel, Erpel, Leubsdorf, Bad Hönningen, Rheinbrohl, Leutesdorf, Engers, Vallendar, Ehrenbreitstein, Oberlahnstein, Braubach, Oster-spai, Kaub, Lorchhausen, Assmanshausen, Rüdeshheim und weiteren hessischen Orten. Man sieht: Das könnte teuer werden. Dass an den Bahnhöfen etwas gemacht wird, scheint für die Bahn fix zu sein. Ob aber alles das, was beim Zweckverband präsentiert wurde, auch finanziert werden kann, räumten die Bahn-Sprecher ein, steht angesichts der Haushaltsprobleme des Bundes noch nicht fest. Ob man sich auch deshalb an die Städte und Gemeinden wen-

den will, bleibt abzuwarten.

Der weitere Fahrplan der Bahn sieht nun bis Sommer Abstimmungsgespräche mit allen Betroffenen vor, darunter auch mit den Kommunen, Landräten und Bürgermeistern. Im dritten Quartal des Jahres 2024 sollen bereits Bauleistungen vergeben werden, im gesamten Jahr 2025 erfolgen vorbereitende Maßnahmen wie die Ausführungsplanung und die Einrichtung von Baustellen. Eine Planung für die linksrheinische Strecke, die im Jahr 2028 an die Reihe kommen soll, gibt es noch nicht.

Kommt mehr Lärm ins Tal?

Was aber ist mit den Befürchtungen der Bürgerinitiativen, die sich sorgen, dass durch die Generalsanierung in einem „Hochleistungskorridor“ mehr und längere Züge fahren werden, womit zusätzlich Lärm, Erschütterungen und Feinstaub durch Waggonbremsen entstehen könnten? Bei der Bahn heißt es dazu: „Bei der Generalsanierung geht es um bessere Betriebsqualität. Die Strecke könnte schon heute deutlich mehr Züge aufnehmen. Die Generalsanierung ändert nichts an den bestehenden Zugzahlenprognosen.“ Die Prognosen, wie gesagt, sehen mehr (Güter-)Verkehr vor. Und den will die Bahn ganz offensichtlich auf Schienenwegen Genua-Rotterdam, wo ein beträchtlicher Teil des europäischen Güterverkehrs läuft. Gerade das flächendeckend vorgesehene digitale European-Train-Control-System ETCS wird es ermöglichen, dass statt wie bisher zwei, zukünftig drei Züge unterwegs sein können. Die BIs gehen also davon aus, dass sich das Güterzugaufkommen um rund 30 Prozent erhöhen wird.

Ein zusätzlicher Lärm- und Erschütterungsschutz für die Anlieger ist von der Bahn dennoch nicht geplant. Stattdessen soll das Programm der freiwilligen Lärmsanierung für ein leiseres Mittelrheintal zwischen Eltville und Koblenz komplettiert und bis zum Ende der Generalsanierung im Dezember 2026 umgesetzt werden. Nördlich von Koblenz, so die Bahn-Vertreter, werde „geprüft, ob unter den gleichen Rahmenbedin-

gungen Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände, Schienenstegdämpfer) realisiert werden können“. Ein Gutachten sei beauftragt. Und: „Überall dort, wo die Streckengleise erneuert werden, bauen wir während der Generalsanierung besohlte Schwellen ein.“

Die Spitze des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal und damit die beiden Landräte Volker Boch und Jörg Denninghoff nach den Dimensionen der Bahnpläne gefragt, antworten unserer Zeitung: Grundsätzlich lasse sich allein durch den Umfang der Gesamtmaßnahme und der damit einhergehenden Investition der Bahn der Eindruck gewinnen, dass sich die Frequenz der Züge erheblich verändern könnte. Deshalb sei es zwingend notwendig, dass seitens der Bahn alle erdenklichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, der Gemeinden und der Region vor weiteren Belastungen und damit auch vor gesundheitlichen Schäden vorgenommen werden. Dazu gehören ihres Erachtens die konsequente Umstellung auf die Technik der sogenannten leisen Sohlen, also der flächendeckende Einsatz einer lärmreduzierten Technik der Waggon, die „drastische Reduzierung von Erschütterungen, die weitere Installation von Lärmschutzwänden, die Einrichtung von Messstellen für Feinstaub und Lärm sowie eine Offenheit für belastungssenkende Maßnahmen wie Geschwindigkeitsreduzierungen in den Ortslagen“. Es müsse bei den von der Bahn geplanten Maßnahmen darum gehen, die Strecke auch nach den Unfällen in Lorch und Lahnstein vor allem sicherheitstechnisch zu erneuern, zu verbessern und auf ein modernes Level zu bringen – „nicht um dadurch Zugfrequenzen zu erhöhen, sondern um das Tal und die Bewohner stärker vor Lärm und Gefahren zu schützen“. Es sei für die Bevölkerung und die Region wichtig, dass die von der Bahn geplante Maßnahme dazu führt, dass insbesondere Erschütterungen und Lärm reduziert werden, und dies in einem deutlichen Umfang.

Das ausführliche Interview mit den Landräten Volker Boch und Jörg Denninghoff lesen Sie auf Seite 26

Paulinenstift: CDU fordert Sondersitzung

Droht Schließung? – Kreisausschuss soll tagen

Nastätten/Koblenz. Wie geht es weiter mit dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein (GKM) – und was wird aus dem Krankenhausstandort Nastätten? Das sind die drängenden Fragen, nachdem bei den Trägern des finanziell angeschlagenen Klinikverbands in Koblenz über ein Sanierungskonzept und mittlerweile mehr oder minder unverhohlen über eine mögliche Schließung des Paulinenstifts in Nastätten gesprochen wird.

Marco Ludwig, Ortsbürgermeister von Nastätten, ist verärgert. „Seit Wochen sind das Paulinenstift und Boppard Teil einer Berichterstattung, die diese als Problem darstellen. Der Blick auf das Ganze wird dabei ausgeblendet. Stets wird verkannt, dass die gGmbH GKM den Versorgungsauftrag hat. Dazu gehören alle Standorte. Die Positionierung des Gesundheitsministers ist eindeutig: Nastätten ist bedarfsnotwendig und kann nicht separat rausgelöst werden. Einfache Fragen der Landrä-

te, die auch mich beschäftigen, werden nicht beantwortet. Wie hoch ist das Gesamtliquiditätsproblem, und welchen Anteil hat Nastätten?“, so Ludwig.

Jonas Wilbert, Kaufmännischer Direktor des Paulinenstiftes, wollte sich auf Nachfrage unserer Zeitung nicht inhaltlich zu dem Thema äußern. „Ich werde das nicht öffentlich kommentieren“, so Wilbert. Auch weitere Mitarbeiter im Team des Direktoriums baten „aufgrund der schwierigen Situation“ um



Das Paulinenstift in Nastätten

Foto: Markus Eschenauer (Archiv)

Verständnis dafür, dass man die Diskussion nicht öffentlich befeuern wolle.

Auf Anfrage unserer Zeitung erklärt die Kreisverwaltung, sie habe von den jüngsten Entwicklungen auch erst durch die Berichterstattung in der Rhein-Lahn-Zeitung erfahren. Weder die Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises noch die des Rhein-Hunsrück-Kreises sind laut der Pressestelle in aktuelle Planungen der Träger des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein eingebunden. Eine gemeinsame Anfrage der beiden Landräte zur Situation des Klinikverbundes sei

bislang unbeantwortet geblieben. Als Reaktion auf die aktuelle Berichterstattung dieser Zeitung beantragt indes die CDU-Fraktion im Kreistag die Einberufung einer Sondersitzung des Kreisausschusses. „Die genannten Konsequenzen für den Standort Nastätten müssen mit allen uns als Landkreis zur Verfügung stehenden Mitteln vermieden werden“, schreibt Fraktionssprecher Jens Güllering. Ihn interessiert in diesem Zusammenhang die Haltung der ADD zu einem möglichen Engagement des Kreises zur Beteiligung oder zur Unterstützung an einer Trägergesellschaft und die Frage, wie sich die derzeitige Gesellschafter des Gemeinschaftsklinikums zur aktuellen Situation stellen – hier natürlich ganz besonders die Paulinenstiftung. In den Beratungen müsse es auch darum gehen, ob bereits Gespräche mit anderen Krankenhausträgern geführt wurden. Sofern die derzeitige Struktur mit der Zuordnung zum Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein nicht mehr trage, sei es auch Aufgabe des Rhein-Lahn-Kreises, einen geeigneten Träger zu finden. *ms/frö/tkr*

Stadtwald Hain gesperrt: Lebensgefahr



Diez. Der Diezer Stadtwald Hain ist bis auf Weiteres komplett gesperrt, es besteht Lebensgefahr aufgrund umsturzgefährdeter Bäume. Das hat die Stadt am Freitag mitgeteilt. Zuvor waren mehrere Bäume umgestürzt, darunter eine 180 Jahre alte Eiche, die über den Christiansweg und auf das Gelände des AWO-Seniorenheimes krachte und dabei auch geparkte Autos beschädigte. Dieser Baum habe bei Sichtkontrollen keinerlei Beschädigungen oder Auffälligkeiten gezeigt und sei bei lediglich moderaten Windgeschwindigkeiten (60 bis 70 Kilometer pro Stunde) unvermittelt umgefallen. „Der forstfachlichen Einschätzung folgend hat sich die Stadt Diez daher dazu entschlossen, den gesamten Stadtwald Hain kurzfristig vorsorglich zu sperren“, heißt es weiter. Insbesondere nicht mehr betreuten werden dürfen der Parkplatz Christiansweg, die Tennisplätze, der Minigolfplatz, der Spielplatz und der Trimpfad. Eingehende Untersuchungen des Baumbestandes durch einen zertifizierten Baumsachverständigen seien nun erforderlich, ein Baumgutachter werde noch kurzfristig beauftragt. Das Ergebnis dieser Prüfung soll die weitere Vorgehensweise bestimmen. *red* Foto: Stadt Diez